

Stimme der Sans-Papiers

Basel, März 2014 / Ausgabe Nr. 31

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt



Übergabe von fast 22'000 Unterschriften der Petition „Keine Hausarbeiterin ist illegal“ am 5. März 2014 in Bern
E. Joris in der Mitte (neben der Maske)

Foto ©František Matouš

Die Kampagne „Keine Hausarbeiterin ist illegal“ Eine (persönliche) Bilanz

Am 6. März geht die einjährige Kampagne mit der Abgabe der Petition an die Bundeskanzlei zu Ende. Als Präsidentin des für die Kampagne gegründeten Vereins „Hausarbeit aufwerten – Sans-Papiers legalisieren“ ist meine Bilanz trotz des Erfolgs etwas zwiespältig.

Erst nach einigem Zögern – wollte ich doch endlich etwas kürzer treten – entschied ich mich anfangs Dezember 2012 das Präsidium zu übernehmen, aus Solidarität und weil mich als Historikerin das Thema Hausarbeit seit Jahrzehnten beschäftigt. Ich hatte vor allem die Vertretung nach aussen zu übernehmen, die Verantwortung für die operative Umsetzung lag beim höchst engagierten Kampagnen-Koordinator Salvatore Pittà, der zusammen mit dem bereits bestehenden Vereinsvorstand und den

spezifischen Arbeitsgruppen viel Vorarbeit geleistet hatte.

Und dieser gemeinsame Einsatz war entscheidend für die Erfolge. Die Petition, das Kernstück der Kampagne, unterzeichneten über 21'000 Personen. Die Trägerschaft war mit gut 30 Organisationen aus gewerkschaftlichen, feministischen, kirchlichen und migrationspolitischen Kontexten breit abgestützt. Ebenso reichte das Spektrum der Erstunterzeichnenden mit rund 50 Personen aus unterschiedlichsten Kreisen über das links-grüne Milieu hinaus. Auch der Medienerfolg ist mit über 30 Hinweisen in Fachpublikationen und durchschnittlich zwei Berichten pro Monat in Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen beachtlich. Das heisst, eines der Ziele der Kampagne, die versteckte Arbeit öffentlich zu machen, ist erreicht worden.

Zwiespältig ist der Erfolg bezüglich der Regularisierung, dem zentralen Ziel. Dank des politischen Lobbying ist es gelungen, persönliche Kontakte mit Vertreterinnen und Vertretern von allen Parteien ausser der SVP – solche wurden auch nicht gesucht – zu knüpfen und auch Politikerinnen und Politiker der Mitte für die Fragen Regularisierung zu sensibilisieren. Diese Kontakte sind wertvoll und dürfen nicht in Vergessenheit geraten, wenn die auf kantonaler und eidgenössischer Ebene entsprechenden Motionen eine Chance haben sollen. Gleichzeitig band diese Lobbyarbeit viel Energie mit – kurzfristig gesehen – geringem positiven Output: Der Grossteil der kontaktierten eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier warnten vor allzu klaren politischen Forderungen nach einer Regularisierung des Aufenthaltsstatus,

da das Parlament seit den letzten Wahlen nach rechts gerutscht sei. Eine Parlamentsdebatte könnte die gegenwärtige Praxis je nach Region noch verschärfen. Um die Ratifikation der ILO-Konvention Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte nicht zu gefährden, mussten wir deshalb unsere politischen Forderungen nach Gesetzesänderungen zurückstellen, die garantieren würden, dass die Konvention auch für die Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zum Tragen kommt.

Die unterschiedliche Situation je nach Stadt und Kanton wirkte sich ebenfalls auf die Diskussion im Vorstand aus. Was beispielsweise für die Deutsche Schweiz gut sei, könnte in der Romandie allenfalls einen Rückschritt bedeuten. Ganz abgesehen davon, dass politischer Pragmatismus für die Basis der Sans-Papiers-Bewegung nicht unbedingt einsichtig ist und dieser Umstand die Entscheidungsfin-

dung im Vorstand nicht erleichterte. Und im Zusammenhang mit solchen Diskussionen zeigten sich die Fehler, die bei einer zukünftigen Kampagnenplanung unbedingt zu vermeiden wären.

Die Kampagne wurde lanciert, bevor der Vorstand ein Konzept verabschiedet sowie klare Strategien und Ziele definiert hatte. Bereits gefällte Entscheidungen wurden deshalb von verschiedener Seite wieder hinterfragt. Die Gründe für die deshalb manchmal im Kreis drehenden Diskussionen waren für mich als zuletzt und von aussen dazu gekommenes Vorstandsmitglied nicht immer nachvollziehbar. Für den Vorstand als Ganzes war aber meine unvoreingenommene Stellung vielleicht eher von Vorteil.

Aus feministischer Sicht wurde die Kampagne nicht durchwegs positiv bewertet, auch wenn sie von vielen feministischen Organisationen unterstützt wurde. Obwohl ich mir

bewusst war, dass mit der Argumentation über die wirtschaftliche Bedeutung der von Sans-Papiers-Frauen geleisteten Hausarbeit die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in den Hintergrund geriet, war ich von der Fokussierung auf die Hausarbeiterinnen überzeugt. Doch darüber dürfen die Vorbehalte nicht vergessen werden: Dass mit einer solchen Fokussierung die Problematisierung des hierarchischen Gefälles zwischen qualifizierten ansässigen Frauen und Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen, die eben diesen Frauen eine Berufstätigkeit ermöglichen, an den Rand gedrängt wird, ebenso die durch eine solche Fokussierung tendenziell geförderte Fixierung der Sans-Papiers-Frauen auf Hausarbeit trotz allfälliger guter beruflicher Qualifikationen.

Elisabeth Joris

Für eine Schweiz, in der alle Menschen gleich sind an Würden und Rechten!

Olivia Jost, unsere neue Mitarbeiterin des Anlaufstellenteams, stellt sich vor:

Am 6. November 2012 rief mich die damalige Teamfrau, Mirjam Ringenbach, an. Sie sei schwanger. Ob ich mich für ihre Vertretung bewerben wolle? Ich war überglücklich und zögerte keine Sekunde. Mein Studium an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern neigte sich dem Ende zu und die Perspektive, bei der Anlaufstelle arbeiten zu können, übertraf alle meine Wünsche. Denn seit mehreren Jahren engagiere ich mich Hand in Hand mit Sans-Papiers für deren Rechte. Es war mir daher ein grosses Anliegen, auch in meinem beruflichen Leben deren Bestrebungen zur Selbsthilfe zu unterstützen.

Aufgewachsen bin ich in Ligerz am Bielersee. Ich hatte eine schöne Kindheit und genoss alle Vorzüge, die viele SchweizerInnen heute allzu oft als Selbstverständlichkeiten betrachten: Frieden, einen allzeit vollen Kühlschrank, finanzielle Sicherheit, ausgezeichnete Bildungsmöglichkeiten und eine uneingeschränkte Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Nach diversen Aufenthalten im Ausland verstärkte sich mein Bewusstsein für meine privilegierte Position. Nach meiner Rückkehr engagierte ich mich im Migrationsbereich für eine gerechtere Schweiz – eine Schweiz, in der alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten sind.

Da Mirjam nicht zurückgekommen ist, bin ich nun zu einem festen Bestandteil des Teams der



Anlaufstelle geworden. Dabei habe ich mir als Ziel gesetzt, neben den individuellen Beratungen die kollektive Seite der Sans-Papiers-Frage nicht zu vergessen und mich weiterhin politisch zu engagieren. Meine tollen Arbeitskolleginnen und unser aktiver Vorstand stärken mir dabei den Rücken – vielen Dank für Eure Unterstützung und das geschenkte Vertrauen!

Olivia Jost

Politische Vorstösse betreffend Sans-Papiers im Basler Parlament

Rot-grüne Ernüchterung

Nachdem vor 10 bis 15 Jahren die politischen Diskussionen über die Situation der Sans-Papiers intensiv geführt und mehrere Vorstösse lanciert und zum Teil auch erfolgreich an die Regierung überwiesen wurden, ist es in den letzten Jahren im Grossen Rat von Basel-Stadt bei diesem Thema recht ruhig geworden.

Ein Rückblick auf die Aktivitäten im Grossen Rat zeigt, dass seit 2010 keine nennenswerten Vorstösse mehr lanciert wurden. 2010 versuchte Sebastian Frehner (SVP) die verschiedenen Dienststellen dazu zu verpflichten, Personen ohne geregelten Aufenthalt an das Amt für Migration zu melden. Diese Motion wurde gar nicht erst an die Regierung überwiesen. Im gleichen Jahr reichte die Schreibende einen Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative betreffen Zugang zu Lehrstellen für Sans-Papiers ein. Dieser Antrag wurde angenommen, der Kanton Basel-Stadt reichte daraufhin, eine entsprechende Standesinitiative ein.

Die Lösung, die der Bund inzwischen ausgearbeitet hat, ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber auch nicht mehr. Die Hürden, die sich für betroffenen Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung stellen, bis sie einen Lehrvertrag abschliessen können, sind extrem hoch, so dass nur ganz wenige Sans-Papiers von dieser Lösung profitieren und wirklich eine Lehre beginnen können.

Einzig der auch im Jahr 2010 eingereichte Anzug von Thomas Mall (LDP) betreffend kohärente Regelungen bezüglich „sans papiers“ ist noch hängig. Dieser Vorstoss forderte unter anderem, „einen allgemein gültigen Kompromiss zwischen humanitären Ansprüchen und Rechtsstaatlichkeit“ zu suchen. Im Herbst 2012 berichtete



die Regierung, dass der Bundesrat noch daran sei, verschiedene Fragen zur Rechtsstellung der Sans-Papiers und der Meldepflichten gegenüber den Migrationsbehörden abklären zu lassen. Bis dahin solle der Anzug stehen gelassen werden. Eine erneute Stellungnahme ist im Herbst 2014 zu erwarten, doch schon jetzt muss davon ausgegangen werden, dass auch diesmal kein „grosser Wurf“ herauskommen wird.

Seit 2005 hat Basel-Stadt eine Regierung mit rot-grüner Mehrheit, was zu Beginn bei vielen engagierten Menschen Hoffnungen ausgelöst hat. Inzwischen hat sich aber Ernüchterung breit gemacht. Die Situation des politischen Stillstandes im Bereich der Sans-Papiers entspricht einerseits den Machtverhältnissen im Grossen Rat, wo aktuell weder die linke noch die bürgerliche Seite eine klare Mehrheit hat, andererseits ist sie auch auf die Haltung der Regierung zurück zu führen. Die Berichte, die die Regierung abgibt, sind zwar „besser“, das heisst fundierter und im Ton anständiger geworden, doch noch immer ist keine Bereitschaft spürbar, selber aktiv zu werden, um die Situation der Sans-Papiers im Kanton Basel-

Stadt zu verbessern. Lieber wird die Verantwortung auf den Bund geschoben und es wird behauptet, dass die Kantone keinen eigenen Spielraum hätten. Das dies nicht so ist, zeigen die Beispiele einiger Kantone der Romandie, wo kantonale Bewegungen dazu geführt haben, dass die Regierungen beim Bund vorstellig wurden und Lösungen für die Sans-Papiers gefordert haben.

In Basel-Stadt verlassen sich die Engagierten für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verständlicherweise nicht mehr auf den Weg über den Grossen Rat sondern konzentrieren ihre Aktivitäten auf den ausserparlamentarischen Bereich. Wenn sich wieder eine starke und solidarische Bewegung bildet, die sich lautstark und hartnäckig mit Demonstrationen und phantasiereichen Aktionen für die Sans-Papiers einsetzt, wird die Politik nachziehen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass dann auch die Regierung ihre Verantwortung wahrnimmt und sich nicht weiter hinter „Bundesbern“ versteckt.

Heidi Mück

Prix Social 2014

Die Anlaufstelle für Sans-Papiers hat den **Prix Social 2014** gewonnen. Mit diesem Preis zeichnet der Berufsverband AvenirSocial beider Basel alle zwei Jahre eine hervorragende Leistung im Bereich der professionellen Sozialen Arbeit aus. Die Anlaufstelle wurde unter anderem gewählt, weil ihre Arbeit auf mehreren Ebenen stattfindet: Neben der individuellen Beratung und Begleitung werden die Sans-Papiers auch bei ihrer Selbstorganisation und Selbsthilfe unterstützt. Sie werden somit nicht als hilflose Opfer betrachtet, sondern mit ihren Ressourcen und Potentialen gewürdigt und gefördert. Darüber hinaus zeichne sich die Anlaufstelle laut dem Gremium durch ihre differenzierten Hintergrundanalysen zur Lebenssituation von Sans-Papiers und ihre lösungsorientierten politischen Kampagnen aus.

Die Preisverleihung findet am **Dienstag 18. März 2014 um 18.30 Uhr** in der **Kartäuserkirche im Bürgerlichen Waisenhaus Basel (beim Wettsteinplatz)** statt. Das Programm wird bereichert durch Beiträge von Frau Prof. Dr. Martina Caroni, Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Luzern, Christoph Brutschin, Regierungsrat Basel-Stadt und Matthias Gubler, Saxophon.



Forum zum Thema Illegalisierung

Das nächste von **Solidarité sans frontières** organisierte Forum für Engagierte und Interessierte aus allen Regionen findet am **Samstag, 24. Mai 2014 um 10 Uhr, wieder im Le Cap (Predigerkirche) in Bern** statt.

Diesmal steht das Thema „Illegalisierung“ mit ihren vielen Facetten zur Diskussion, ebenso die Frage, wie dieser zu begegnen sei. Sösf hat ein interessantes Programm inklusive Mittagessen zusammengestellt (siehe www.sosf.ch). Eintritt frei.



Zaunerschneiden: Cut the Fence ist ein künstlerischer Gegenentwurf des Zauns rund um das Ausschaffungsgefängnis und das Empfangszentrum Bässlergut. Der afrikanischen Damaststoff von der gleichen Länge wie der Zaun wird zerteilt und kann meterweise als Schal oder Wandschmuck erworben werden. www.wemakeit.ch/projects/cut-the-fence / [www.bblackboxx.ch / www.xcult.org/copaetsordes/](http://www.bblackboxx.ch/www.xcult.org/copaetsordes/)

Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel, Gewerkschaftshaus, Rebgasse 1, 4058 Basel
basel@sans-papiers.ch, www.sans-papiers.ch, Postkonto: 40-327601-1
Sozial- und Rechtsberatung Tel. 061 681 56 10 / Gesundheitsberatung Tel. 061 683 04 21

Gesundheitsberatung: Mo 16-20, Mi 14-18 Uhr
Medizinische Grundversorgung: Di 14-18, Do 16-20 Uhr
Sozial- und Rechtsberatung: Di 14-18, Do 16-20 Uhr

Redaktion: Anni Lanz
Layout und Fotos: Nora Niederer

Trägerorganisationen:

Solidaritätsnetz Basel
Demokratische JuristInnen (DJS)
Interprofessionelle Gewerkschaft (IGA)
Comité européen pour la défense des
réfugiés et immigrants (C.E.D.R.I.)
Basler Gewerkschaftsbund (BGB)
VPOD Basel
Unia Basel
BASTAI!